Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 51 (1957)
Heft: 5

Artikel: Neue Wege für den Christen (Schluss) : Teil III, IV und V
Autor: Dignath, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140177

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

aus und zielt auf den Menschen. Der Menschensohn bringt, als die Erfüllung jenes Danielgesichtes (Daniel 7), überall den Menschen zu Ehren: gegen den Mammon und die Gewalt, gegen die Religion und die Kirche, nicht zuletzt auch gegen das Weltreich und sein Organ: den Staat mit seinem Gottesanspruch.

Das Gleichnis vom barmherzigen Samariter ist in der Tat die gewaltigste Predigt der Humanität. Es macht von Gott aus den Menschen zum Menschen und zum heiligen Mittelpunkt des Gottesdienstes. Er ist nicht von sich aus heilig, aber er ist es von Gott aus. Es mag eine rein autonome Humanität geben, die arg entarten kann — immerhin in den meisten Fällen doch besser ist als die Verachtung der Humanität! — aber warum das Kind mit dem Bade ausschütten? Jedenfalls haben Herder und Pestalozzi, aber auch Rousseau und Kant, auch Goethe und Schiller, die Humanität nicht ohne Gott verstanden. Wohl aber kann die theologische Verachtung der Humanität sehr leicht zu wirklicher Gottlosigkeit führen. Von Gott aus ist der Mensch als Mensch heilig. Wer das leugnet, hat keine Ahnung von Jesus. Wer meint, um Gott allein zu dienen, den Menschen am Wege lassen zu dürfen, schlägt Christus ins Gesicht.

Wie wäre nun also die Frage nach dem Nächsten beantwortet? Sehr einfach und sehr großartig: Der Nächste ist der Mensch, und zwar besonders, sobald er deiner Hilfe bedarf. Liegt nicht in dem Begriff des Nächsten eine Verführung, wirklich nur an das Nächste zu denken und das Ferne zu vernachlässigen? Gewiß. Aber es gehört zur Paradoxie des Gleichnisses, daß es ja gerade den *Fernsten* zum Nächsten macht. Denn der Mann am Wege ist ja dem Priester und dem Leviten fern, weltenfern, jenseits der großen Kluft. Und doch der Nächste vor Gott. Denn wie sagt Pestalozzi: «Gott ist die nächste Beziehung des Menschen.» Weil aber der Mensch zu Gott gehört — gar sehr auch nach der Meinung Pestalozzis — so ist eben der Mensch als solcher der Nächste, und zwar auch der «fernste», besonders, wenn er Hilfe nötig hat, und er ist nach der eigenen Paradoxie und Polarität des Evangeliums sogar betont nahe, näher als der «nahe». Die Liebe des Evangeliums ist im höchsten Sinne das, was Nietzsche in vermeintlichem Gegensatz zur christlichen Nächstenliebe als Fernstenliebe preist.

Aus *Leonhard Ragaz*, Die Gleichnisse Jesu.

Neue Wege für den Christen

(Schluß)

III.

Die neulutherische Theologie und Frömmigkeit mißverstand ihren Luther in seinem theologischen Anliegen bei seiner Zwei-Reiche-Lehre so gründlich, daß sie diese seine Lehre späterhin geradezu als Freibrief

für eine machiavellistische Politik und einen bedingungs- und skrupellosen Untertanengehorsam ansah, da ja nur das private Christentum noch Christus unterstand, während für das äußere, berufliche, überhaupt politische Leben in der Welt dieser Herr als nicht zuständig galt. Wer aber war nun der Herr dieses äußeren Feldes im Tun und Leben der Christen?

Es ist nicht uninteressant, die Entwicklungslinie in bezug auf diese Instanz zu verfolgen. Sie reicht vom «Deus absconditus» über den Gott, der Eisen wachsen ließ und dessen Mantelsaum ein Bismarck so gern ergreifen wollte, bis zum metaphysisch tiefverschleierten Gott der modernen Geschichtstheologie, bis dann schließlich Friedrich Naumann den Mut fand, es offen auszusprechen, daß die politische Moral mit dem Christentum und mit Gott überhaupt nichts zu schaffen habe und daß man das nun doch endlich nicht mehr behaupten möge. Gleichwohl predigte Naumann die absolute Verpflichtung auch gerade des Christen in seiner Eigenschaft als Bürger gegenüber dieser dunklen Instanz staatlicher Eigengesetzlichkeit und machte auf diese Weise die Spaltung des Christenlebens zu einem festen politisch-christlichen Programm.

Aber der Vaterlandstheologie war diese brutale Offenheit zu anstößig, und sie erfand neue metaphysische Systeme, um die von Jesus Christus grundsätzlich gelöste politische Ethik in ihrer machiavellistischen Ausprägung als eine christliche Notwendigkeit und Pflicht von neuem zu verkündigen, wie es dann in grober Form in den Predigten während des Ersten Weltkrieges und in verfeinerter Form seitdem bis in die Gegenwart hinein bei uns und anderswo betrieben wurde und betrieben wird. Wenn die 1. Barmer These endlich die Dinge beim Namen nannte und hervorhob, daß es im Leben der Christen keine Bereiche gebe, in denen sie nicht ihrem Herrn Jesus Christus zu gehorchen hätten, so war damit das entscheidende Wort in dieser Sache gefallen. Nun aber befinden wir uns vor der merkwürdigen Erscheinung, daß die gegenwärtige christlich-abendländische Politik, die ja doch in den alten Bahnen der Macht- und Blockpolitik fährt, erklärt, daß sie diese Politik eben im Namen des Christentums, das heißt doch im Namen Christi, tue und tun müsse — aus christlicher Verantwortung, im Gehorsam gegen Christus müsse man beispielsweise die Wiederaufrüstung bei uns betreiben. Als Hitler die Wehrpflicht einführte, tat er es nicht im Namen des Christentums, auch nicht nach außen hin. Aber die neuerliche Wiedereinführung der Wehrpflicht bei uns in der Bundesrepublik steht ganz im Zeichen und unter dem religiösen Anspruch, eine christliche Entscheidung und Maßnahme zu sein.

Diese Konzeption christlicher Politik ist in ihrer neukarolingischen Prägung zweifellos der klare Ausdruck katholischen politischen Denkens. Die formelle Traditionsgebundenheit der meisten Protestanten indes läßt sie das alles mitmachen. Man sagt sich, hier handelt die

Obrigkeit, der wir nach Röm. 13 zu gehorchen haben. Mußten wir schon der Hitlerobrigkeit gemäß Röm. 13 gehorsam sein, um wieviel mehr nun also einer christlichen Obrigkeit, wie wir sie jetzt haben. Und schließlich — man muß doch den Bolschewismus und Marxismus mit allen Mitteln abwehren, das entspricht doch dem, daß Luther zu seiner Zeit ja auch dem Kaiser zur Pflicht machte, gegen die Türken sich militärisch zu sichern.

Wir sehen also, wie die Traditionsgebundenheit in diesem Punkte darin besteht, daß sich der Christ im Blick auf seine politische Verantwortung von seinem Gehorsam gegen Christus, wozu eben Feindesliebe und Versöhnungsbereitschaft gehören, entbunden weiß. Das bedeutet, daß statt der einen ganzen Welt, die Gott geliebt hat, ihrer zwei zu beachten sind: eine, die zu verteidigen ist, und eine andere, die abgewehrt, beziehungsweise vernichtet werden muß, eine lichte Welt, das christliche Abendland mit dem geographischen Zentrum des karolingischen Reiches, und eine düstre und furchtbare, die des Marxismus, die des Ostens. Wir erkennen sofort, wie alt diese Konzeption ist. Aber unsere schlichten Gemeindeglieder wie auch viele gebildete Protestanten erkennen das nicht, sehen da nicht hindurch. Ihre Traditionsgebundenheit läßt sie sich beugen unter den obrigkeitlichen Anspruch, der scheinbar mit Röm. 13 in Einklang steht. Dieser Anspruch konkretisiert sich sinnenfällig und höchst aktuell in der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bei uns. Die protestantischen Landeskirchen kennen in ihrer Geschichte keine tatsächliche Kriegsdienstverweigerung ihrer Glieder aus Gewissensgründen oder religiösen Motiven, obgleich gemäß Luther und den Bekenntnisschriften eine Kriegsdienstverweigerung grundsätzlich immer dann zur Christenpflicht wird, wenn es sich nicht um einen Abwehrkrieg handelt, zu dem der Christ einberufen wird. Das aber ist niemals akut geworden. Alle Kriege wurden ja doch als gerechte ausgegeben, die der ausschließlichen Verteidigung dienen würden, selbst — sogar für uns Deutsche — der Zweite Weltkrieg. Die Obrigkeit behauptete es, und die Bürger, die noch nicht vergessen hatten, Untertanen zu sein, glaubten es ebenso, wie die preußischen Grenadiere es dem Alten Fritz glaubten, daß sie einen gerechten Krieg gegen Schlesien führten . . .

Es gibt bei uns ein Sprichwort, das heißt: «Wenn man dem Teufel den kleinen Finger reicht, so nimmt er die ganze Hand.» Die traditionelle Auffassung lehnt den Krieg ab — mit Ausnahme des gerechten, also des Verteidigungskrieges. Diese Ausnahme, zu der ein Ultima-ratio-Denken führt, ist der «kleine Finger»; hierbei steht außer Zweifel, daß die klassischen Verfechter dieses Gedankens — Augustin, Thomas, Luther, Calvin — damit den Kriegen Einhalt gebieten wollten. Aber reicht man dem Teufel den kleinen Finger, so nimmt er die ganze Hand. Die Christen haben es nicht verhindern können, daß mit diesem Etikett des Verteidigungskrieges bisher alle unsere abendländischen Kriege versehen wurden. Unter diesem, für alle Beteiligten

dann ganz selbstverständlichen Zeichen des Abwehrkrieges — auch dann, wenn er durchaus einen anderen Charakter besaß —, haben die abendländischen Christen dann alle Raubkriege mitgemacht — mit Feldgottesdiensten, Feldpredigern, ergreifenden Abendmahlsfeiern vor der Schlacht und Dankeshymnen nach erlangtem Siege. «. . . So nimmt er die ganze Hand!» Er hat sie genommen, und er nimmt sie immer; denn es ist der Arge . . .

Es ist noch gar nicht so lange her, da las ich in einem Informationsblatt unserer «christlichen» Regierungspartei einen Aufsatz, in dem aus Karl Barths Dogmatik die Stelle abgedruckt und kommentiert war, wo er vom Kriege als der Ultima ratio spricht. Der Kommentar kam darauf hinaus, daß gerade auch durch Karl Barths Dogmatik unsere Aufrüstung gerechtfertigt werde. Es bewegte den Kommentator nicht im geringsten, daß Karl Barth sich ausdrücklich gegen die westdeutsche Aufrüstung ausgesprochen hat.

IV.

Im «Ratschlag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur gesetzlichen Regelung des Schutzes der Kriegsdienstverweigerer» steht folgender Satz: «Wenn der Krieg unter den Christen heute mehr als früher in Frage gestellt wird, so hat das seine Wurzel nicht in der Übernahme eines allgemeinen Prinzipes der Gewaltlosigkeit, sondern in einem neuen Ernstnehmen des Wortes Gottes. Die Differenzen über die Stellung des Christen zum Kriege entstammen der auch innerhalb der evangelischen Kirchen verschiedenen Auslegung dieses Wortes als Gesetz und Evangelium» («Stimme der Gemeinde», 2/56, Sp. 48). Machen wir uns nun klar, daß die neulutherische Konzeption von Gesetz und Evangelium ihre innere Entsprechung in der traditionellen Lehre von den beiden Regimenten besitzt, die zur Doppelbürgerschaft des Christen in zwei einander widersprechende Reiche führt und seine Halbierung in die religiöse und in die politisch-weltliche Hälfte zeitigt, was denn das Eindringen machiavellistischen Denkens in das politische Tun der Christen freigibt, so sehen wir deutlich, wie diese christliche Tradition geradewegs einer unkontrollierten und dann auch unkontrollierbaren Autonomie des Politischen und einer Entartung des Staates zum Eigengott den Weg geebnet hat. So erklärt es sich, daß keineswegs vorwiegend Atheisten und Heiden, sondern christliche Menschen die furchtbarsten Vernichtungsmittel herstellen und zur Anwendung kommen lassen konnten. Naive und unkritische Traditionsbindung wurde somit zum willkommenen Argument für die Dämonien der Furcht und der Zerstörung. Die Christen hatten sich selber die Hände und — was schlimmer ist — das Gewissen gebunden, indem sie glaubten, sich in eine fromme Scheinwelt innerer Religiosität flüchten und von dort aus immer neu die Rechtfertigung für ihre Teilnahme an der Blut-und-Eisen-Praxis beziehen zu können. So wurde von ihnen die in ihrer Ganzheit von Gott geliebte Welt preisgegeben an eine tödliche

Spaltung und Entzweiung, an den — Krieg. Dies war die Formel, auf die man sich einigte: Unser bürgerliches Leben geben wir dem Staat, er soll es regieren; aber unseren Glauben lassen wir uns nicht rauben, den darf der Staat nicht antasten, das ist unsere heilige Privatsache. So etwa legte man das Wort Christi aus: «Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist!» Daraus ergab sich das Kriterium für die Auslegung des anstößigen Apostelwortes: «Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.» Nun nämlich argumentierte man so: Gott ist dann mehr zu gehorchen, wenn der Staat mir meinen Glauben nehmen will; wenn der Staat die Freiheit des Glaubens und der Kirche antastet, dann muß ich ihm widerstehen — in passiver Resistenz. Aber auch nur dann. Für mein bürgerlich-politisches Verhalten aber entfällt die Mahnung des Apostels.

Gegenüber dieser traditionellen Einstellung, die ja noch weithin die Haltung der Bekennenden Kirche bestimmte, bedeutet es nun ein ganz neues Offensein für Erkenntnis an der Schrift, wenn die erste Barmer These erklärte, daß es keine Bereiche unseres Lebens gibt, über die Christus nicht Herr wäre. Hier wird ganz klar die traditionelle Spaltung des Menschen in den Christen einerseits und den Bürger anderseits überwunden und aufgehoben, und zwar so radikal, daß damit auch die politische Verantwortung des Christen, die herkömmlich in einem unkritischen Patriotismus bestand, liquidiert wird, um für einen ganz anderen Inhalt frei zu werden. Leider ist die Theologische Erklärung von Barmen im deutschen Protestantismus als ganzem in den letzten Jahren mehr und mehr zur frommen Theorie geworden; die hoffnungsvollen Ansätze aus den Jahren 1946/1949 zur Praktizierung sind erloschen, auch wenn beispielsweise in meiner Landeskirche die Pfarramtskandidaten auf die Barmer Erklärung verpflichtet werden. Um so ernster dringt ein kleiner Kreis in unserer Kirche darauf, daß wir «Barmen», und insbesondere die erste These ernstnehmen. Wenn es also nach Barmen I keine Bereiche gibt, die der Herrschaft Christi entzogen sind, so kann das Kriterium für des Christen Gehorsam oder Ungehorsam nicht mehr darin bestehen, ob der Staat der Kirche und dem Glauben Freiheit läßt, so wichtig das auch ist, sondern ob der Staat den Menschen Christ sein läßt, und zwar in dem Sinne, daß er sein ganzes Leben einschließlich der bürgerlichen Seite konkret und praktisch im Gehorsam gegen den Willen Gottes, der in Christus offenbart ist, leben kann.

Nehmen wir einmal an, der Staat versäume es, für Leben, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu sorgen, «dann muß» — sagt Lasserre — «die Kirche — um ihrem Auftrag treu zu bleiben — ihren deutlichen Protest anmelden, indem sie den Staat daran erinnert, da er der Diener Gottes zum Wohle der Menschen ist und daß sein Auftrag keineswegs darin besteht, der Menschen Unglück und Unordnung zu verschlimmern . . . Wenn der Staat sich nicht damit begnügt, die Ordnung Gottes zu verletzen, sondern darüber hinaus die Christen zwingen will,

selbst sich an dieser Verletzung zu beteiligen, so müssen die Kirchen und die Christen dieser Forderung respektvoll, aber offen ungehorsam sein. Die Echtheit ihres Zeugnisses für Jesus Christus fordert diesen Preis» (Der Krieg und das Evangelium, S. 159). Es geht also in dieser neuen Sicht bei der politischen Verantwortung des Christen nicht mehr nur um die Frage «Staat und Kirche», sondern um das viel umfassendere Problem «Die Herrschaft Jesu Christi und die Politik» (H. Gollwitzer).

Ich wüßte nun nichts Besseres, als daß ich hierzu einige in besonderer Zuspitzung auf die Wehrfrage, die dieses Problem ja nur aktualisiert und radikalisiert, verfaßte Leitsätze unseres Freundes Jean Lasserre (Vortrag in Vallecrosia 1956) mit seiner freundlichen Genehmigung aus dem Französischen übersetze.

«Die christliche Ethik hat ihren Ausgangspunkt im Kreuze Christi. Der Gehorsam, den sie beansprucht, findet seine tägliche Quelle in der Rechtfertigung durch den Glauben und in der Wiedergeburt, die dadurch hervorgerufen wird ... Diese Ethik ist die Antwort des Glaubenden auf die Vergebung, die er empfangen hat, sie ist die fortgesetzte ... Darstellung des neuen Lebens, das Christus werden läßt in dem, der an ihn glaubt ...

Die christliche Ethik ist eine Ethik der *Dankbarkeit*. Ziel, Grund, Inhalt und Maßstab ist für sie immer nur der Dank ...; denn der Christ lebt aus der Gnade Jesu Christi. Leben heißt für ihn, fröhlich Gottes Wohltaten erzählen. Das kann er aber nicht, wenn er die Geschöpfe Gottes vernichtet und die Gnade zerstört ... Wer Gott dafür dankbar sein will, daß er ihm das Leben geschenkt hat, kann seinem Bruder nicht das Leben nehmen. Umgekehrt: Wer seinem Bruder das Leben nimmt, beweist damit, wie undankbar er selber ist und wie wenig er das Leben als Wohltat zu schätzen weiß. Als Soldat kann der Christ nicht mehr das Lob Gottes zur Darstellung bringen, sondern nur Verbitterung und Gotteslästerung.

Die christliche Ethik ist eine Ethik des *Sieges*; sie gründet sich auf den Glauben an die Auferstehung Christi; sie ist im täglichen Vollzug die konkrete Darstellung dieses Glaubens an den Sieg Gottes. Es gibt keinen christlichen Gehorsam ohne die freudige Proklamation, daß die Sünde überwunden ist und daß es durch Christus für uns Ausweg und Befreiung gibt für die verhängnisvollen Verkettungen des Bösen. Zum Soldatendienst aber gehört wesensnotwendig die freudlose Unterordnung unter das fluchbeladene Gesetz der Sünde, die Resignation angesichts der Übermacht der Gewalt, die der Soldat für unvermeidlich hält, und vor dem hybriden Spiel mit der Vergeltung. Damit stellt sich der Soldat in den Triumph des Mars. Waffendienst leugnet jede Art von Auferstehung. Der Christ kann durch seine Existenz als Soldat faktisch nur bezeugen, daß es mit der Macht Christi nichts ist.

Die christliche Ethik ist gänzlich ausgerichtet auf die Wiederkunft Jesu Christi; so ist sie also eine Ethik der *Hoffnung*. Es gibt keinen

christlichen Gehorsam ohne den fröhlichen Eifer, durch den die Hoffnung immer begünstigt, eröffnet, verkündigt und ins Werk gesetzt wird ... Mit Vorbedacht einen Menschen töten, heißt, schon die Gegenwart mit den von Menschen gefällten Urteilen als letztgültig ansehen. Da wird für den Menschen vom Menschen nichts mehr erwartet. Wer tötet, nimmt den Vollzug des Urteils Gottes vorweg. Er hält sich für einen der Gerichtsengel, die zur letzten Ernte kommen, und dadurch schon, daß er selber zum Vollstrecker der «Ernte» wird, leugnet er, daß eines Tages Jesus Christus selber kommen wird, die Ernte zu halten. Als Soldat hat der Christ nicht mehr die Möglichkeit, die Frohe Botschaft zu verkündigen; seine Existenz als Soldat ist das hoffnungslose Zeugnis dafür, daß der Retter nicht kommen wird.

Die christliche Ethik ist eine Ethik der *Liebe*. Wer um die Liebe weiß, in welcher der Gott des Gekreuzigten uns geliebt hat, der kann nicht anders, als daß er dem Nächsten die Barmherzigkeit zukommen läßt, deren Gegenstand er selber gewesen ist. Es gibt keinen echten christlichen Gehorsam ohne diese Sorge, wie Christi Nächstenliebe und Vergebung auf die Brüder zurückgestrahlt werden möchte. Dort aber, wo die Liebe verachtet wird, wo man sie zurückweist, mit Füßen tritt, wo man sie leugnet und übersieht, gibt es kein Leben aus dem Evangelium mehr. Das christliche Leben besteht dagegen gänzlich im geduldigen Dienst der Versöhnung. Seinem ganzen Wesen nach kann der Soldatendienst darin nicht zu Hause sein. Mit seiner Existenz als Soldat kann der Christ nur bezeugen, daß die Liebe und also das Evangelium ungeeignet und utopisch sind.

Darum umfaßt und gebietet die christliche Ethik die Verweigerung des Militärdienstes.»

V.

Es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß wir bei der Skizzierung des traditionsgebundenen protestantischen Denkens von Positionen ausgegangen sind, die aus lutherischen Ansätzen — mit wenig Verständnis für Luthers Anliegen selbst — entwickelt worden sind, und daß wir es nun im Blick auf ein neues Ernstnehmen des biblischen Zeugnisses mit Gedanken zu tun haben, die ihre legitime Wurzel in Calvins Denken haben. Dabei übersehen wir keineswegs, daß gerade Calvin noch mehr für die Rechtfertigung des Krieges übrig hatte als Luther! Aber nun liegen die Dinge doch so, daß Lasserre den Reformator Calvin in der Weise wieder zu Ehren gebracht hat, daß er — dem Zuge des reformatorischen Denkens Calvins folgend — diejenigen Linien ausgezogen und diejenigen Konsequenzen gewagt hat, die bei Calvin selber fehlen. Das entspricht durchaus der Kardinalerkenntnis reformatorischer Einsicht, daß die Kirche semper reformanda ist. Das traditionelle Luthertum dagegen versteift sich — das kennzeichnet unsere tragische protestantische Situation in Deutschland — seit jeher auf die Allgemeingültigkeit und absolute Qualität

historischer Äußerungen und Entscheidungen aus der Lutherzeit, wobei Ansätze als Lösungen, Notbehelfe als Musterbeispiele, unfertige oder fehlerhafte Konzeptionen und inkonsequente Verhaltensweisen als Ausdruck tiefsinniger Glaubensrealistik gewertet werden.

Allerdings darf man nicht zu weit verallgemeinern. Lasserre ist nicht Repräsentant calvinistischen Denkens von heute, das sich im allgemeinen ja auch noch nicht entscheidend von seiner traditionellen Kriegsbejahung distanziert hat. Anderseits gibt es namhafte Lutheraner — wie zum Beispiel Eivind Berggrav, Ernst Wolf-Göttingen, Hans Iwand und Hellmuth Gollwitzer — die versuchen, in ähnlicher Weise, wie Lasserre Calvin gerecht wird, nun Luther gerecht zu werden. Als Beispiel nur ein Wort von Ernst Wolf:

«Im deutschen Luthertum pflegt man heute (und nicht nur heute) Luthers Schrift «Ob Kriegsleute im seligen Stande sein können» so zu zitieren, als ob die Überschrift hieße «Daß Kriegsleute im seligen Stande sein können». Die Voraussetzung für die Formulierung «ob» und die Formulierung «daß» ist die Möglichkeit des Christen, positiv vom Krieg reden zu können. Wenn Luther fragt, «ob Kriegsleute . . .», so bekundet er, daß er nicht ganz sicher ist, ob man positiv vom Krieg reden kann. Er hat sich eine gewisse Sicherung verschafft durch die mittelalterliche Theorie vom bellum justum. Diese Theorie ist unhaltbar. Wir Lutheraner von heute sollten nun darin Luther nachfolgen, daß wir die Unsicherheit der Frage «ob» radikalisieren. Wir sollten wissen, daß der Krieg keine positive Möglichkeit für eine legitime christliche Rede in Verkündigung und Seelsorge (und auch Theologie) ist. Wir müssen alles vermeiden, das den Anschein weckt, als ob man als Christ in einer Sache, die zur Sünde in der Welt gehört, als von einer positiven Möglichkeit sprechen dürfe . . . Für die Lutheraner und für die lutherisch bestimmten Christen . . . ist eine neue Position zu gewinnen: Eine Position zwischen jener Ordnungstheologie, die angeblich aus dem Worte Gottes stammt, und einer Situationsethik, die sich nicht durch das Wort Gottes meint belehren lassen zu müssen. Die Position, die zu gewinnen ist, muß neu nach dem Gebot Gottes fragen, und sie muß das innerweltliche Handeln als ein diesem Gebot verantwortliches und darum freies und darum gestaltendes und darum ordnendes Tun des Menschen verstehen. Das heißt wir müssen uns klar sein, daß gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Institutionen keine «ewigen» Ordnungen, sondern Ordnungsversuche des Menschen sind. An diesen Ordnungsversuchen hat sich der Christ in erster Linie zu beteiligen, weil er als Christ frei ist von der Verführung durch eigenes Interesse.»

Vielleicht ist es komplizierter, das Luthertum als den Calvinismus von der geschichtlichen Traditionsschlacke zu befreien. Wie dem auch sei — letztlich geht es ja nicht um Luther und nicht um Calvin, sondern um den heiligen Anspruch und gnädigen Zuspruch Jesu Christi, wodurch allein Gott geehrt und dem Menschen geholfen werden kann

und worauf unsere ganze Existenz, einschließlich der politischen, lobende Antwort zu sein hat. Hier ist das Kriterium, an dem unsere Offenheit für neue Erkenntnis an der Schrift wachsen und an dem alle traditionsgebundene und traditionsbedingte Frömmigkeit, wie überhaupt alles traditionelle Denken, gemessen, beurteilt, erneuert oder verworfen werden muß. Hier ist der «Boden» — sagt Kupisch — «wo politische Entscheidungen zu Wagnissen des Glaubens werden. Und um diese geht es immer, wenn es sich um unsere vom Evangelium her gebotene Aufgabe in der Welt handelt. Es gibt nun einmal politische Vorbilder und Entscheidungen, die ganz unmittelbar die Lebensbänder der christlichen Gemeinde berühren. Deshalb erwächst die Erkenntnis des Christen von seinen politischen Pflichten nicht aus Seitentrieben am äußeren Zaun des Weinbergs ... Sie sind vielmehr Gehorsam dem Evangelium gegenüber, weil es nun einmal keinen Bereich des Lebens gibt, der von der Wirkungsmacht Jesu Christi ausgeschlossen wäre ... Denn wir fragen in allen unseren politischen Anliegen als Christen ja letztlich nach dem jeweiligen Ort der Kirche in dieser Welt: daß sie in dieser sinkenden Zeit ihren Auftrag recht ausführe, daß ihr Weg immer mehr menschwärts führe, wie ihr Herr ihr vorangegangen ist.»

Walter Dignath

Das Rassenproblem in einer sich wandelnden Welt

Beginnen wir wirklich die Zeichen der Zeit zu verstehen? Es fällt uns Europäern begreiflicherweise nicht leicht, zuzugeben, daß wir im Abstieg begriffen sind. War doch selbst noch die Weltbetrachtung des Völkerbundes bis 1939 durchaus europäisch empfunden. Afrika oder der Stille Ozean waren Kolonialgebiete, das heißt Machtbereiche Europas. Probleme dieses Kolonialreiches waren, sozusagen, intern europäisch zu regelnde Fragen. Man beriet sich in den europäischen Außenämtern etwa, ob es zweckmäßig wäre, Deutschland seine frühere Kolonie Tanganjika zurückzugeben oder Portugal zu zwingen, Angola an eine andere europäische Macht abzutreten. Aber niemand dachte im Ernst daran, daß eine Kolonie wie die Goldküste (Ghana) wünschen könnte, ihre Selbständigkeit zu erlangen. Diesem patriarchalischen Idyll der europäischen Völkerfamilie machte der Zweite Weltkrieg ein Ende. Als sich die Vertreter der Völker in der Vollversammlung der Vereinten Nationen von neuem zusammenfanden, zeigte es sich, daß nicht nur ein Krieg, sondern auch eine Revolution über die Welt gegangen war, und daß Europa im Parlament von über 60 Nationen mit nur noch 9 Stimmen vertreten war. Lateinamerika allein verfügte über eine mehr als doppelt so hohe Stimmenmacht, Asien desgleichen. Europa wird also dauernd eine Minderheitsgruppe bilden.